

Der Akademisierungswahn und seine Folgen

Immer mehr junge Menschen scheitern in ihrem Studium – oder sie quälen sich durch die falschen Fächer. Gleichzeitig herrscht anderswo Mangel, und die Ausbildung wird geringgeschätzt. Das ist unverantwortlich.

Von Johannes Varwick

Die Industrie- und Handelskammer (IHK) Halle-Dessau organisierte jüngst einen „Beratungstag für Studienzweifer“. Ziel dieser Aktion ist es, Studierende von den Vorteilen einer dualen Ausbildung zu überzeugen und ihnen Angebote jenseits der akademischen Ausbildung an Universitäten und Hochschulen zu machen. Mit dem Aktionstag reagiert die Kammer auf einen Skandal, der schleichend und mit besten Absichten dahergekommen ist, der aber sowohl die Gesellschaft als auch eine Reihe von jungen Menschen teuer zu stehen kommt. Denn im Zuge der Diskreditierung von praktischer Ausbildung und eines Akademisierungswahns studieren immer mehr junge Menschen, die entweder an einer Universität oder Hochschule scheitern oder, wenn sie sich bis zum Abschluss durchquälen, am Ende garantiert nicht ihrer Qualifikation gemäß eingesetzt werden können und insofern besser etwas anderes gemacht hätten.

Laut einer IHK-Umfrage konnte im Kammerbezirk Halle-Dessau im vergangenen Jahr die Hälfte der befragten Ausbildungsbetriebe nicht alle angebotenen Ausbildungsplätze besetzen. Gründe dafür waren keine oder keine geeigneten Bewerber. Die deutsche duale Berufsausbildung mit ihrer einzigartigen Kombination aus schulischer und betrieblicher Ausbildung wird zwar weltweit bewundert und ist ein entscheidender Standortvorteil Deutschlands im internationalen Wettbewerb sowie ein Erklärungsfaktor für eine hierzulande unterdurchschnittliche Jugendarbeitslosigkeit. Wertgeschätzt im eigenen Lande wird sie aber offenkundig nicht.

Angesichts des demographischen Wandels konkurrieren Unternehmen zunehmend um geeignete Bewerberinnen und Bewerber. Die Politik setzt aber an diesem offenkundigen Bedarf an (nicht-akademischen) Fachkräften vorbei vollkommen falsche Anreize. Dies fing damit an, dass die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eine Scheindebatte über die sogenannte Akademisierungsrate – also den Anteil von Hochschulabsolventen an der jüngeren Gesamtbevölkerung – losgetreten hat. Die OECD unterstellte, dass Deutschland im internationalen Vergleich deutlich zurückliegt und sprach von einer „Akademisierungslücke“. Etwa ein Viertel der 25- bis 34-Jährigen erreicht in Deutschland einen akademischen Abschluss, im OECD-Schnitt sind es etwa 40 Prozent. Dass aber die duale Ausbildung in Deutschland Berufe abdeckt, die in anderen Ländern formal einen akademischen Abschluss als Voraussetzung erfordern und zu teilweise besseren Jobchancen und höherer Berufszufriedenheit führen kann, wird dabei vollkommen unterschlagen. Im Ergebnis ist ein gesellschaftspolitisches Klima entstanden, in dessen Folge zu viele junge Menschen an die Universitäten und Hochschulen gehen – und zudem das Falsche studieren. Die jahrelange Fixierung auf Akademisierungsraten als Gradmesser der Bildungsqualität war mithin ein klassischer Fehlanreiz. Der ehemalige SPD-Staatsminister und Philosophieprofessor Julian Nida-Rümelin prägte dafür den Begriff „Akademisierungswahn“.

Um es für das Land Sachsen-Anhalt zu illustrieren: An den diversen Hochschulen des Landes sind – mit steigender Tendenz – fast 55 000 Studierende eingeschrieben. Im Jahr 2000 waren es noch rund 38 000. Seit Jahren werden



Illustration Nina Hewelt

die Hochschulen von der Politik unter Druck gesetzt, die Studienplatzangebote auszuweiten, und diese werden unter anderem mit Mitteln aus dem Hochschulpaket (bei dem auch Bundesmittel fließen) zu diesem Zweck finanziell geködert. Den Klagen der Kammern und Unternehmen wird weitestgehend mit Gleichgültigkeit oder wohlfeilen Absichtserklärungen begegnet.

Welche Fächer studiert werden, ob eine Nachfrage für die Absolventen dieser Fächer besteht, wie hoch die Studienabbrecher-Quote ist, wie eine richtige Balance zwischen Hochschulzugang und praktischer Ausbildung aussehen könnte – all das interessiert niemanden. Vielmehr wird in einer unverantwortlichen „Tonnenideologie“ unterstellt, dass jeder zusätzliche Studienanfänger per se sinnvoll ist. Da die Universitäten und Hochschulen des Landes strukturell unterfinanziert sind (die Finanzausstattung in Sachsen-Anhalt ist lediglich auf etwa 33 000 Studienplätze ausgelegt), werden zudem insbesondere durch Abschaffung von Zugangsvoraussetzungen die Tore für „billige“ (weil vermeintlich ohne teure Infrastruktur und intensive Betreuung auskommende) Studiengänge, insbesondere in den Geistes-, Sozial und Wirtschaftswissenschaften, geöffnet.

So entfallen an der Martin-Luther-Universität in Halle (MLU) von den gut 18 000 eingeschriebenen Studierenden knapp die Hälfte auf die drei Philosophischen Fakultäten beziehungsweise die Wirtschaftswissenschaftliche und Juristische Fakultät, in den Naturwissenschaftlichen Fakultäten studieren etwa 4700. Für mein Fach, die stark nachgefragte und vollkommen überlastete Politikwissenschaft, stellt sich das dann so dar: Im

Wintersemester 2015/16 haben an der MLU 133 Studierende ein BA-Studium der Politikwissenschaft begonnen, während 45 Chemiker, 20 Mathematiker, 33 Physiker und 48 Informatiker zu verzeichnen waren. Die Quote der mathematisch-technisch-naturwissenschaftlichen Fächer (MINT) sinkt mithin kontinuierlich. Im Ergebnis studieren zu viele Studierende das Falsche und sind damit unter Umständen unglücklich – und gleichzeitig besteht Mangel bei MINT-Absolventen und qualifizierten Handwerksberufen.

Ohne Numerus clausus oder Prüfung der Studierfähigkeit werden die Studiengänge geflutet (die Unileitung freut sich, denn sie kann Erfolge gemäß der Tonnenideologie vermelden), und manch einer, der gewiss besser in einer dualen Ausbildung aufgehoben wäre, verplumpert Lebenszeit mit einem Studium, für das er ungeeignet ist, für das er nicht „brennt“ und das deshalb zu nichts führt – und vermutlich auch nicht zu Ende geführt wird. Nicht verwunderlich, dass den insgesamt knapp 1000 an der Martin-Luther-Universität eingeschriebenen Politikstudierenden nur etwa 70 erfolgreiche BA-Abschlüsse pro Jahr gegenüberstehen. In den Vorlesungen und Seminaren sitzen reihenweise vollkommen ungeeignete Studierende, die das Niveau zu Lasten der (ja: es gibt sie auch!) motivierten und leistungsfähigen herunterziehen.

Wenn die Politikwissenschaft als Teil eines allgemeinen Studiums generale dazu beitragen würde, mündige Staatsbürger oder verantwortliche Akademiker hervorzubringen, dann wäre das noch akzeptabel oder gar für die Universität wie Gesellschaft bereichernd. Dazu müsste aber die Anlage des Faches grundlegend verändert werden – von der überspezialisierten Nischenforschung zu einer normativen Demokratiewissenschaft. Für Absolventen der heutigen Politikwissenschaft und ähnlicher Fächer existiert hingegen nur ein sehr überschaubarer Arbeitsmarkt, der zudem hohe fachliche Qualität fordert. Daher kann es mit Fug und Recht als unverantwortlich bezeichnet werden, anstatt einer kleineren Zahl gut ausgewählter und ausgebildeter Studierender eine Masse von Studienanfängern in das absehbare Verderben auf dem Arbeitsmarkt rennen zu lassen.

Wenn die Politikwissenschaft als Teil eines allgemeinen Studiums generale dazu beitragen würde, mündige Staatsbürger oder verantwortliche Akademiker hervorzubringen, dann wäre das noch akzeptabel oder gar für die Universität wie Gesellschaft bereichernd. Dazu müsste aber die Anlage des Faches grundlegend verändert werden – von der überspezialisierten Nischenforschung zu einer normativen Demokratiewissenschaft. Für Absolventen der heutigen Politikwissenschaft und ähnlicher Fächer existiert hingegen nur ein sehr überschaubarer Arbeitsmarkt, der zudem hohe fachliche Qualität fordert. Daher kann es mit Fug und Recht als unverantwortlich bezeichnet werden, anstatt einer kleineren Zahl gut ausgewählter und ausgebildeter Studierender eine Masse von Studienanfängern in das absehbare Verderben auf dem Arbeitsmarkt rennen zu lassen.

Nun ließe sich einwenden, dass die Akademikarbeitslosigkeit niedriger als bei anderen Berufen ist und insofern ein Studium unabhängig von der gewählten Fachrichtung immer die richtige Entscheidung ist. Dieses Argument ist nicht völlig falsch, wenngleich es die sehr großen Unterschiede zwischen den Chancen für die Absolventen verschiedener Fächer unterschlägt. Überdies ist es als Richtschnur für die Verantwortlichen in der Bildungspolitik ungeeignet. Denn auch wenn die Politik keineswegs für das Glück des Einzelnen zuständig ist und sie nicht besser weiß (und wissen soll), was beziehungsweise ob junge Menschen studieren sollen, muss sie in etwas größeren gesellschaftspolitischen Linien denken. Daraus resultiert die Verantwortung, keine falschen Anreize zu setzen und stattdessen die vielgestaltige Nachfrage nach qualifizierten, gut ausgebildeten Menschen in Rechnung zu stellen. Der „Beratungstag für Studienzweifer“ hätte es mithin verdient, aus den Hochschuljahren finanziert zu werden.

Johannes Varwick ist Professor für Internationale Beziehungen und europäische Politik an der Universität Halle-Wittenberg.

Wie versichern sich Studenten gegen Krankheit?

In fast allen Bundesländern sind die Abiturienten mittlerweile mit der Schule fertig. Urlaub sowie Ferienjobs stehen daher an. Gleichzeitig flattern die Zulassungsbescheide der Universitäten ins Haus. Die meisten Schulabgänger haben sich vorher noch nie Gedanken über ihre Kranken- und Pflegeversicherung gemacht. Wenn man sich an einer Uni einschreiben will, muss man allerdings immer einen Krankenversicherungsbeleg oder eine Befreiung von der gesetzlichen Krankenversicherungspflicht mitgeben. Studenten sind nämlich versicherungspflichtig. Wo aber sollte man sich versichern, oder lohnt sich eine Befreiung? Welche Versicherung dabei die günstigste ist, hängt von einigen Faktoren ab.

Sind etwa die Eltern gesetzlich versichert, können die künftigen Studenten in der Familienversicherung versichert bleiben. Das ist die günstigste Alternative. Das geht allerdings nur, wenn man jünger als 25 Jahre ist und nicht mehr als 450 Euro im Monat verdient.

Für alle anderen gibt es die studentische Kranken- und Pflegeversicherung. Der Beitrag steigt zum kommenden Wintersemester. Bisher lag er monatlich bei 75 Euro. Bald sind es mehr als 80 Euro. Es gibt beim Kostenvergleich allerdings Unterschiede zwischen den einzelnen Kassen, da fast alle einen Zusatzbeitrag erheben. Auf der Website des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen lässt sich eine Liste der jeweiligen Zusatzbeiträge abrufen. Ein Blick darauf lohnt, um den für die eigene Region günstigsten Versicherer zu finden.

Sollte die Krankenkasse den Zusatzbeitrag später erhöhen, besteht ein Sonderkündigungsrecht, und die Studenten dürfen die Kasse wechseln. Allerdings können auch die Leistungen von Anbietern zu Anbieter variieren: Wer in die studentische Krankenversicherung eintreten will, darf das 30. Lebensjahr oder das 14. Fachsemester noch nicht vollendet haben. In Ausnahmefällen, wie etwa bei der Geburt eines Kindes, ist aber auch eine Verlängerung möglich.

Für Kinder von Beamten kann es klug sein, sich privat zu versichern. Theoretisch kann das jeder tun, nur sind die Kosten normalerweise deutlich höher als der Tarif einer gesetzlichen Studentenversicherung. Bei Kindern von Beamten zahlt der Staat bis zum 25. Lebensjahr eine Beihilfe. Somit liegt dieser Tarif entweder auf gleicher Höhe oder ist sogar niedriger als die gesetzliche Alternative.

Private Krankenversicherungen bieten häufig zusätzliche Leistungen oder Arztbesuche mit kurzen Wartezeiten. Allerdings können diese Anbieter etwa nach einem Unfall auch einen Risikozuschlag vom Kunden verlangen. Außerdem haben Studenten einen höheren Verwaltungsaufwand zu tragen. Man sollte sich den Eintritt in eine private Krankenversicherung daher gut überlegen. Studenten, die sich selbstständig machen oder freiberuflich arbeiten wollen, können oft nach dem Studium nicht zurück in eine gesetzliche Krankenkasse wechseln.

Wer die Voraussetzungen für eine Studentenversicherung nicht mehr erfüllt, behält automatisch bei der jeweiligen Krankenkasse als freiwillig Versicherter zu einem höheren Tarif seinen Vertrag. Doch auch hier kann ein Wechsel lohnen. Hierfür ist es dann wichtig, früh genug seinen Austritt zu erklären.



Landeshauptstadt
Mainz



Wir suchen für den **Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft Mainz** einen/eine

Fachbauleiter/-in Elektrotechnik

Kennziffer 69/13



Der Aufgabenbereich umfasst u. a. Projektleitung und Fachkoordination nach HOAI §§ 73ff Technische Ausrüstung Elektrotechnik sowie Fachbauleitung bei der Abwicklung von Sanierungs- und Umbaumaßnahmen.



Nähere Angaben zum Stellenangebot finden Sie unter www.mainz.de/stellenangebote.

ARL AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG
LEIBNIZ-FORUM FÜR RAUMWISSENSCHAFTEN

In der Geschäftsstelle der ARL in Hannover ist möglichst zum 1. November 2016 die Stelle der/des

Leiterin/Leiters des Referats Verwaltung zu besetzen. Die Stelle ist zunächst auf zwei Jahre befristet. Es besteht die Möglichkeit der Entfristung der Stelle.

Die Vergütung erfolgt nach Entgeltgruppe 13 TV-L. Die Bewerbungsfrist endet am 15. September 2016.

Die detaillierte Stellenbeschreibung finden Sie unter <http://www.arl-net.de/verwaltung/leitung>.

Das Berufsförderungswerk Leipzig ist ein gemeinnütziges Unternehmen der Deutschen Rentenversicherung zur beruflichen Rehabilitation. Für die Pädagogische Leitung suchen wir im Rahmen der Nachfolgeregelung zum 01.04.2017 in Vollzeit den/die



Leiter/in Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben (LTA)
- Pädagogische Leitung -

für die Fachbereiche: Assessment und berufliches Training, Qualifizierung, GesundheitsCenter, Reha-Management, BTZ sowie für fünf Außenstellen.

Ihre Aufgaben

- Strategische, konzeptionelle und organisatorische Weiterentwicklung der Abteilung und der dazugehörigen Fachbereiche sowie der damit verbundenen Inhalte und Angebote
- Fachliche Steuerung der Abteilung LTA, Personalführung und Budgetverantwortung
- Netzwerkarbeit, Pflege und Ausbau der Kundenbeziehungen

Ihr Profil

- Abgeschlossenes wissenschaftliches Hochschulstudium (Diplom, Master)
- Konzeptionelle Stärke und zielgerichtete Kreativität bei Qualifizierungsangeboten
- Führungs- und Leitungserfahrung im Bereich der beruflichen Bildung bzw. beruflichen Rehabilitation
- Hohes Maß an Empathie für Menschen mit Behinderung und deren Belange

Eine ausführliche Stellenbeschreibung sowie weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage www.bfw-leipzig.de.

Ihre aussagekräftige Bewerbung unter Angabe Ihrer Gehaltsvorstellung senden Sie bitte per Post (Persönlich/Vertraulich) oder per E-Mail bis zum 11.09.2016 an den Geschäftsführer Herrn Alois Fischer, Berufsförderungswerk Leipzig, Georg-Schumann-Str. 148, 04159 Leipzig, bewerbung_LTA@bfw-leipzig.de.



Wir freuen uns, Sie kennenzulernen.

Bestimmen Sie die Agenda. Statt sie herumschicken.

Jetzt auf stellenmarkt.faz.net informieren.

Frankfurter Allgemeine
Stellenmarkt



Hochbauamt

Das Hochbauamt der Stadt Frankfurt am Main nimmt alle baulichen, betriebs- und kommunikationstechnischen Belange für ca. 3.500 Gebäude wahr. Für den Bereich **Elektrotechnik** suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n

Techn. Angestellte/n

EGr. 13 TVöD / VergGr. IIs BAT

Zu Ihren Aufgaben gehören: Planung, Bauleitung und Projektsteuerung von Mittel-, Niederspannungs-, Eigenstromversorgungs-, Elektroinstallations-, Erdungs- und Blitzschutzanlagen sowie kommunikations- und sicherheitstechnischen Anlagen für besonders verantwortungsvolle Baumaßnahmen; Überwachung und Koordinierung für Baumaßnahmen bei Fremdvergaben an Ingenieurbüros.

Wir erwarten: Dipl.-Ing. (TU/TH/FH) oder Master Elektrotechnik mit mindestens drei Jahren Berufserfahrung in Planung und Bauleitung; gute, nachweisbare Projektsteuerungsfähigkeit; sicheres und verbindliches Auftreten; gute Fachkenntnisse; Kenntnisse der HOAI, VOB und der technischen Regelwerke; fundierte EDV-Kenntnisse (z. B. MS Office-Programme, AVA); Erfahrung mit CAD-Anwendung ist von Vorteil; gute schriftliche und mündliche Ausdrucksfähigkeit; ausgeprägte Team- und Kommunikationsfähigkeit; interkulturelle Kompetenz.

Hinweise: Die Stadt Frankfurt am Main strebt an, den Anteil von Frauen in diesem Bereich zu erhöhen. Bewerbungen von Frauen werden daher besonders begrüßt. Es besteht grundsätzlich die Möglichkeit zur Teilzeitbeschäftigung. Schwerbehinderte Menschen werden bei gleicher Eignung bevorzugt eingestellt. Bewerbungen von Menschen aller Nationalitäten sind ausdrücklich erwünscht.

Für weitere Auskünfte stehen Ihnen Herr Heußler und Herr Zausch unter der Rufnummer (069) 212-34280 bzw. (069) 212-30134 zur Verfügung.

Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen richten Sie bitte bis zum **09.09.2016** unter Angabe der Kennziffer **C6010/0262** an den:

Magistrat der Stadt Frankfurt am Main
Hochbauamt – 65.1 –
Gerbermühlstraße 48, 60594 Frankfurt am Main

Weitere Informationen über die Arbeitgeberin Stadt Frankfurt am Main finden Sie unter www.stellen.stadt-frankfurt.de und Informationen über das Hochbauamt unter www.hochbauamt.stadt-frankfurt.de.